
-

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	12
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	07.08.1997

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	02.11.2000

3. Instanz

Datum	07.02.2002
-------	------------

Die Revision der KlÄgerin gegen das Urteil des Hessischen Landessozialgerichts vom 2. November 2000 wird zurÄckgewiesen. AuÄergerichtliche Kosten des Revisionsverfahrens sind nicht zu erstatten.

GrÄnde:

I

Umstritten ist, ob die KlÄgerin GesamtsozialversicherungsbeitrÄge zu zahlen hat.

Die KlÄgerin ist eine Fluggesellschaft, die ihren Arbeitnehmern freie oder verbilligte FlÄge mit so genanntem Stand-by-Status anbietet. Diese FlÄge sind mit einer ReservierungsbeschrÄnkung versehen und kÄnnen nur in Anspruch genommen werden, wenn der Flug nicht an einen voll zahlenden Fluggast verkauft werden kann. Die KlÄgerin ermittelte den geldwerten Vorteil der kostenlosen und verbilligten Stand-by-FlÄge nach [Ä 8 Abs 2](#) des Einkommensteuergesetzes (EStG) und fÄhrte hierauf pauschale Lohnsteuer nach [Ä 40 Abs 1 Satz 1 Nr 1 EStG](#) ab, soweit der geldwerte Vorteil je Arbeitnehmer 1990 nicht Äber der PauschalierungshÄchstgrenze von 2.000 DM lag. SozialversicherungsbeitrÄge

entrichtete sie nur, soweit der geldwerte Vorteil des einzelnen Arbeitnehmers über 2.000 DM im Kalenderjahr lag; im Übrigen (bis 2.000 DM) wurden Beiträge nicht entrichtet.

Die beklagte Krankenkasse als Einzugsstelle stellte dies im Oktober 1991 bei einer Betriebsprüfung fest. Mit Bescheid vom 13. Februar 1992 verlangte sie von der Klägerin für 1990 Gesamtsozialversicherungsbeiträge von 3.338,10 DM für 15 im Bescheid namentlich genannte Arbeitnehmer, denen wegen ihrer Mitarbeiterflüge jeweils ein beitragspflichtiges Arbeitsentgelt zugeordnet war. Die Klägerin widersprach mit der Begründung, der geldwerte Vorteil der Vergünstigung bei den Mitarbeiterflügen sei als laufendes Arbeitsentgelt anzusehen. Er sei daher nach § 2 Abs 1 Satz 1 Nr 1 der Arbeitsentgeltverordnung (ArEV) nicht dem Arbeitsentgelt zuzurechnen und damit beitragsfrei. Die Beklagte wies den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 17. September 1993 zurück. Bei den Vergünstigungen handele es sich um einmalig gezahltes Arbeitsentgelt, das in der Sozialversicherung nach § 2 Abs 1 Satz 1 Nr 1 ArEV unabhängig davon beitragspflichtig sei, ob es individuell oder pauschal versteuert werde. Die Rabatte würden nicht für die Arbeit in einem einzelnen Entgeltabrechnungszeitraum, sondern wegen des Arbeitsverhältnisses insgesamt gewährt.

Im anschließenden Gerichtsverfahren hat die Klägerin geltend gemacht, verbilligte Mitarbeitertickets seien keine Belegschaftsrabatte, die unter [§ 8 Abs 3 EStG](#) fielen, vielmehr seien hierfür Sachbezugswerte nach [§ 8 Abs 2 EStG](#) festgesetzt und nach § 2 Abs 1 Satz 1 Nr 1 ArEV zu behandeln. Das Sozialgericht (SG) hat die Bundesanstalt für Arbeit (BA, Beigeladene zu 1), die zuständige Landesversicherungsanstalt (LVA, Beigeladene zu 2), die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA, Beigeladene zu 3) und die im Beitragsbescheid genannten 15 Arbeitnehmer beigeladen. Es hat die Klage mit Urteil vom 7. August 1997 abgewiesen. Die Vergünstigungen bei Mitarbeiterflügen seien als einmalig gezahltes Arbeitsentgelt beitragspflichtig.

Die Klägerin hat Berufung eingelegt. Das Landessozialgericht (LSG) hat die Beiladung der Arbeitnehmer wieder aufgehoben. Es hat die Berufung mit Urteil vom 2. November 2000 zurückgewiesen. Die Vergünstigung sei ein geldwerter Vorteil, auf den die Ausnahmeregelung des § 2 Abs 1 Satz 1 Nr 1 ArEV nicht anwendbar und der geldwerte Vorteil daher unbeschränkt und unabhängig von steuerrechtlichen Vorschriften beitragspflichtiges Entgelt sei. Es handele sich um einmalig gezahltes Arbeitsentgelt.

Mit ihrer Revision rügt die Klägerin eine Verletzung der Vorschriften über die Einmalzahlung. Kostenlose oder verbilligte Mitarbeiterflüge seien bei einer Gesamtbetrachtung ihres tatsächlichen und rechtlichen Charakters kein einmalig gezahltes Arbeitsentgelt. Im Übrigen würde ihre Bewertung als einmalig gezahltes Arbeitsentgelt gegen [Art 3 Abs 1](#) des Grundgesetzes (GG) verstoßen, weil es leistungsrechtlich nicht ausreichend berücksichtigt werde.

Die Klägerin beantragt,

das Urteil des LSG vom 2. November 2000 und das Urteil des SG vom 7. August 1997 sowie den Bescheid der Beklagten vom 13. Februar 1992 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17. September 1993 aufzuheben.

Die Beklagte sowie die beigeladenen BA und BfA beantragen, die Revision zurückzuweisen.

Sie halten das angegriffene Urteil für zutreffend. Die beigeladene LVA hat keinen Antrag gestellt, sich aber den Ausführungen der Beklagten angeschlossen. Der Senat hat den Arbeitnehmer U. V. mit dessen Einverständnis zum Rechtsstreit notwendig beigeladen (Beigeladener zu 4). Dieser hat keinen Antrag gestellt. Die übrigen Arbeitnehmer waren nicht mehr erreichbar.

II

Die Revision der Klägerin ist unbegründet. Das LSG hat ihre Berufung gegen das Urteil des SG mit Recht zurückgewiesen. Das SG hat ihre Klage zutreffend abgewiesen. Der Bescheid der Beklagten vom 13. Februar 1992 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17. September 1993 ist rechtmäßig. Die kostenlosen oder verbilligten Mitarbeiterflüge der versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer der Klägerin sind ein geldwerter Vorteil, der zum beitragspflichtigen Arbeitsentgelt gehört.

1. Im Jahre 1990, um das es hier geht, wurde bei versicherungspflichtig Beschäftigten in der gesetzlichen Krankenversicherung der Beitragsbemessung das Arbeitsentgelt zu Grunde gelegt ([Â§ 226 Abs 1 Satz 1 Nr 1](#) des fünften Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung (SGB V)). Gleiches galt in der Rentenversicherung der Arbeiter (vgl. [Â§ 1385 Abs 3 Buchst a](#) der Reichsversicherungsordnung (RVO)) und der Angestellten (vgl. [Â§ 112 Abs 3 Buchst a](#) des Angestelltenversicherungsgesetzes (AVG), seit 1. Januar 1992 gilt für Arbeiter und Angestellte jeweils [Â§ 162 Nr 1](#) des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI)) sowie im Recht der Arbeitsförderung (vgl. [Â§ 175 Abs 1 Nr 1](#) des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG); seit 1. Januar 1998 ersetzt durch [Â§ 342](#) des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung (SGB III)). Arbeitsentgelt sind alle laufenden oder einmaligen Einnahmen aus einer Beschäftigung, gleichgültig ob ein Rechtsanspruch auf die Einnahmen besteht, unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form sie geleistet werden und ob sie unmittelbar aus der Beschäftigung oder im Zusammenhang mit ihr erzielt werden ([Â§ 14 Abs 1](#) des Vierten Buches Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung (SGB IV), seit 1. April 1999 [Â§ 14 Abs 1 Satz 1 SGB IV](#)).

Bei den Vergünstigungen, die 1990 von den Arbeitnehmern der Klägerin in Anspruch genommen worden sind, handelt es sich um Arbeitsentgelt in diesem Sinne. Die Mitarbeiterflüge sind ein geldwerter Vorteil. Er lag darin, dass die Arbeitnehmer für den Flug nichts oder weniger als den üblichen Marktpreis zu zahlen brauchten ([BFHE 84, 279](#), 282). Die Arbeitnehmer erlangten diesen Vorteil auf Grund ihrer Beschäftigung bei der Klägerin. Seiner Eigenschaft als

Arbeitsentgelt iS des [Â§ 14 Abs 1 Satz 1 SGB IV](#) steht nicht entgegen, dass die Arbeitnehmer keinen einzelarbeitsvertraglichen oder tarifvertraglichen Anspruch auf MitarbeiterflÃ¼ge hatten, sondern er sich mÃ¶glicherweise nur aus einer betrieblichen Ãbung iVm dem Gleichbehandlungsgebot ergab (vgl Griese in KÃ¼ttner, Personalbuch 2001, Geldwerter Vorteil RdNr 2) und die KlÃ¤gerin jederzeit in der Lage gewesen wÃ¤re, diese VergÃ¼nstigung fÃ¼r die Zukunft zurÃ¼ckzunehmen.

2. [Â§ 17 Abs 1 SGB IV](#) ermÃ¤chtigt die Bundesregierung, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Wahrung der Belange der Sozialversicherung und der ArbeitsfÃ¶rderung, insbesondere zur Vereinfachung des Beitragseinzugs, zu bestimmen, dass einmalige Einnahmen oder laufende Zulagen, ZuschÃ¤ge, ZuschÃ¼sse oder Ã¤hnliche Einnahmen, die zusÃ¤tzlich zu LÃ¶hnen oder GehÃ¤ltern gewÃ¤hrt werden, ganz oder teilweise nicht dem Arbeitsentgelt zuzurechnen sind. Von dieser ErmÃ¤chtigung hat die Bundesregierung durch Erlass der ArEV Gebrauch gemacht. Entgegen der Ansicht der Revision besteht keine Regelung, nach der die VergÃ¼nstigungen bei MitarbeiterflÃ¼gen bis zur PauschalierungshÃ¶chstgrenze des [Â§ 40 Abs 1 Satz 1 Nr 1 EStG](#) nicht zum beitragspflichtigen Arbeitsentgelt gehÃ¶ren. Der geldwerte Vorteil ist weder auf Grund des Â§ 1 ArEV noch auf Grund des Â§ 2 Abs 1 Satz 1 Nr 1 ArEV vom Arbeitsentgelt ausgenommen.

a) Nach Â§ 1 ArEV in seiner am 1. Januar 1990 in Kraft getretenen und hier anzuwendenden Fassung vom 12. Dezember 1989 ([BGBl I 2177](#)) sind einmalige Einnahmen, laufende Zulagen, ZuschÃ¤ge, ZuschÃ¼sse sowie Ã¤hnliche Einnahmen, die zusÃ¤tzlich zu LÃ¶hnen oder GehÃ¤ltern gewÃ¤hrt werden, nicht dem Arbeitsentgelt zuzurechnen, soweit sie lohnsteuerfrei sind und sich aus Â§ 3 ArEV nichts anderes ergibt. â Die VergÃ¼nstigungen bei den MitarbeiterflÃ¼gen sind nicht steuerfrei. In [Â§ 3 EStG](#), der die steuerfreien Einnahmen auflistet, sind VergÃ¼nstigungen bei MitarbeiterflÃ¼gen nicht aufgefÃ¼hrt. In der systematisch zu [Â§ 3 EStG](#) gehÃ¶renden Vorschrift des [Â§ 8 Abs 3 Satz 2 EStG](#) (vgl Dreseck in Schmidt, EStG, 20. Aufl 2001, Â§ 8 RdNr 75) ist die Steuerfreiheit auÃerdem fÃ¼r Leistungen iS des [Â§ 8 Abs 3 Satz 1 EStG](#) (Personalrabatte) bis zu einem Betrag von 2.400 DM (Steuerfreibetrag) angeordnet; dies trifft bei VergÃ¼nstigungen der vorliegenden Art auf sog ProduktflÃ¼ge zu, die vom Arbeitgeber nicht Ã¼berwiegend fÃ¼r den Bedarf seiner Arbeitnehmer hergestellt, vertrieben oder erbracht werden. Die Inanspruchnahme dieses Steuerfreibetrages ist aber ausgeschlossen, wenn eine Pauschalbesteuerung nach [Â§ 40 Abs 1 Satz 1 Nr 1 EStG](#) stattgefunden hat (zum Wahlrecht zwischen Pauschalbesteuerung und Inanspruchnahme des Steuerfreibetrages vgl Kirchhof, EStG, KompaktKomm, 2001, Â§ 8 RdNr 67; Dreseck, aaO, Â§ 8 RdNr 82). Dieses hat das LSG hier festgestellt. Ebenso wenig lÃ¤ge Steuerfreiheit vor, wenn es sich bei den MitarbeiterflÃ¼gen um eine speziell fÃ¼r die Mitarbeiter der KlÃ¤gerin angebotene Dienstleistung auÃerhalb des Ã¼blichen GeschÃ¤ftsverkehrs, dh auÃerhalb der unternehmenstypischen Lieferungs- und Leistungspalette handelte, die nach [Â§ 8 Abs 2 EStG](#) zu bewerten sind (so fÃ¼r Stand-by-FlÃ¼ge Finanzgericht DÃ¼sseldorf, [DStRE 2000, 897](#) f; und Hessisches Finanzgericht, [EFG 1997, 229](#)). FÃ¼r diese ist â anders als fÃ¼r ProduktflÃ¼ge â kein Steuerfreibetrag vorgesehen.

b) Der in den Vergünstigungen bei Mitarbeiterflügen liegende geldwerte Vorteil fällt auch nicht unter diejenigen Zuwendungen, die gemäss Art 2 Abs 1 Satz 1 Nr 4 ArEV nicht dem Arbeitsentgelt zuzurechnen sind.

Nach der ursprünglichen Fassung der ArEV vom 6. Juli 1977 ([BGBl I 1208](#)) waren sonstige Bezüge nach [Art 40 Abs 1 Satz 1 Nr 1 EStG](#) nicht dem Arbeitsentgelt zuzurechnen, soweit der Arbeitgeber die Lohnsteuer mit einem Pauschalsteuersatz erhob (Art 2 Abs 1 Satz 1 Nr 4 ArEV aF). Zwischen laufend und einmalig gezahltem Arbeitsentgelt wurde insoweit nicht unterschieden. Danach wäre der geldwerte Vorteil kostenloser oder verbilligter Mitarbeiterflüge ursprünglich nicht dem (beitragspflichtigen) Arbeitsentgelt zuzurechnen gewesen, wenn der Arbeitgeber ihn nach [Art 40 Abs 1 Satz 1 Nr 1 EStG](#) pauschal versteuerte.

Hier geht es jedoch um Mitarbeiterflüge im Jahr 1990. Insoweit hatte sich die Rechtslage gegenüber der ursprünglichen Fassung des Art 2 Abs 1 Satz 1 Nr 4 ArEV aF mit Wirkung vom 1. Januar 1984 geändert. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1984 vom 22. Dezember 1983 ([BGBl I 1532](#)) hat der Gesetzgeber die Heranziehung und Verteilung von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt neu geregelt ([Art 385 Abs 1a](#), [Art 1400 Abs 2 Satz 3 RVO](#), [Art 122 Abs 2 Satz 3 AVG](#), [Art 175 Abs 1 Nr 1 AFG](#), später [Art 227 SGB V](#) und [Art 164 SGB VI](#), seit 1997 einheitlich [Art 23a SGB IV](#)). Seither ist einmalig gezahltes Arbeitsentgelt nach Maßgabe dieser Vorschriften auch auf zurückliegende Entgeltabrechnungszeiträume zu verteilen, soweit es zusammen mit dem laufenden Arbeitsentgelt im Zeitraum seiner Auszahlung die anteilige (monatliche) Beitragsbemessungsgrenze übersteigt. Gleichzeitig wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1984 an Art 2 Abs 1 Satz 1 Nr 4 ArEV dahin geändert, dass nur noch diejenigen sonstigen Bezüge nach [Art 40 Abs 1 Satz 1 Nr 1 EStG](#) nicht dem Arbeitsentgelt iS von [Art 14 Abs 1 SGB IV](#) zuzurechnen sind, bei denen es sich nicht um einmalig gezahltes Arbeitsentgelt handelt (vgl Art 2 Nr 1 Buchst a der Verordnung zur Änderung der Sachbezugsverordnung (SachBezV) 1983 und der ArEV vom 19. Dezember 1983, [BGBl I 1472](#)). Hierbei ist es bis auf redaktionelle Änderungen der Vorschrift und ihre Überführung von Nr 4 aaO in Nr 1 aaO bis heute geblieben (vgl Art 1 Nr 2 Buchst a der Verordnung zur Änderung der ArEV und der SachBezV vom 12. Dezember 1989, [BGBl I 2177](#)).

Zur Begründung der Änderung der damaligen Nr 4 des Art 2 Abs 1 Satz 1 ArEV wurde von der Bundesregierung ausgeführt, dass einmalig gezahltes Arbeitsentgelt nicht mehr zu den Bezügen nach [Art 40 Abs 1 Satz 1 Nr 1 EStG](#) gerechnet werden dürfte und durch Pauschalbesteuerung seitens des Arbeitgebers zukünftig nicht mehr die Beitragsfreiheit von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt erreicht werden könne (vgl BR-Drucks 417/83 S 6). Der Ordnungsgeber hat damit Einmalzahlungen aus dem sachlichen Anwendungsbereich der Ausnahmeregelung der früheren Nr 4 und späteren Nr 1 des Art 2 Abs 1 Satz 1 ArEV ausgenommen und ist für sie trotz Pauschalbesteuerung zur grundsätzlichen Beitragspflicht von Arbeitsentgelt zurückgekehrt.

c) Bei dem geldwerten Vorteil, den die Klägerin ihren Mitarbeitern gewährt hat, handelt es sich um Einmalzahlungen iS des [Art 23a Abs 1 Satz 1 SGB IV](#) und dessen

Vorgängerregelungen. Einmalig gezahltes Arbeitsentgelt sind danach Zuwendungen, die dem Arbeitsentgelt zuzurechnen sind und nicht für die Arbeit in einem einzelnen Entgeltabrechnungszeitraum gezahlt werden. Das Sozialversicherungsrecht nimmt die Abgrenzung zwischen laufendem Arbeitsentgelt und einmalig gezahltem Arbeitsentgelt danach vor, ob die Zuwendung der konkreten Arbeitsleistung einem bestimmten Entgeltabrechnungszeitraum zugeordnet werden kann. Zwar könnte der Wortlaut der genannten Vorschriften auch auf Zuwendungen bezogen werden, die nicht für Arbeitsleistungen in einem einzelnen Abrechnungszeitraum, sondern für Arbeiten in mehreren Zeiträumen und dann auf "einmal", dh in einer Summe, gezahlt werden. Richtig muss er aber dahin verstanden werden, dass nicht der Zeitpunkt der Auszahlung bei oder alsbald nach Ablauf des jeweiligen Abrechnungszeitraums oder erst später das entscheidende Merkmal des einmalig gezahlten Arbeitsentgelts ist. Vielmehr kommt es darauf an, ob das gezahlte Entgelt Vergütung für die in einem einzelnen, dh einem bestimmten Abrechnungszeitraum geleistete Arbeit ist oder ob eine solche Beziehung zu einem bestimmten einzelnen Abrechnungszeitraum nicht besteht, wie insbesondere bei den jährlich gezahlten Sonderzuwendungen. Im ersten Fall handelt es sich auch dann um laufendes Arbeitsentgelt, das zu verteilen ist, wenn es für die Arbeit in mehreren einzelnen Abrechnungszeiträumen, aber in einer Summe gezahlt und dann auf die Zeiträume zu verteilen ist, in denen es erarbeitet wurde ([BSGE 66, 34](#), 42 = SozR 2200 Â§ 385 Nr 22 S 115 f). Bei Zuwendungen, die nicht ausschließlich durch die Arbeit in konkreten Abrechnungszeiträumen erworben worden sind, lässt das Gesetz demgegenüber entsprechend ihrer Eigenschaft als allgemeine Zuwendung für größere Zeiträume eine Verteilung auf zurückliegende Abrechnungszeiträume zu. Typische Anwendungsfälle des einmalig gezahlten Arbeitsentgelts sind zusätzliche 13. und 14. Monatsgehälter, Weihnachts- und Urlaubsgeld oder ein Jahresbonus.

Im vorliegenden Verfahren ist der geldwerte Vorteil der Vergünstigungen bei Mitarbeiterflügen einmalig gezahltes Arbeitsentgelt in diesem Sinne. Er ist nicht der Arbeit in einzelnen Entgeltabrechnungszeiträumen zuzuordnen. Die Arbeitnehmer der Klägerin konnten kostenlose Flüge nur begrenzt, verbilligte Flüge in unbegrenzter Anzahl abrufen. Erforderlich war nur, dass der Arbeitnehmer tatsächlich in einer Beschäftigung bei der Klägerin stand und er sich zB nicht im Erziehungsurlaub oder im Wehrdienst befand. Die Freiflüge brauchten jedoch nicht durch die Arbeitsleistung in konkreten Entgeltabrechnungszeiträumen in dem Sinne erarbeitet zu werden, dass die Höhe des geldwerten Vorteils (Wert des Fluges, Anzahl der Flüge) vom Umfang oder der Art der Arbeitsleistung abhing. Sie wurden damit nicht für die Arbeit in einzelnen Entgeltabrechnungszeiträumen gewährt. Die Tatsache allein, dass Arbeitnehmer die Option auf Mitarbeiterflüge in jedem Entgeltabrechnungszeitraum beliebig oft ausüben konnten, macht den geldwerten Vorteil nicht zu laufendem Arbeitsentgelt.

Nach allem findet die Fiktion des Â§ 2 Abs 1 Satz 1 Nr 1 ArEV, dass es sich bei pauschalversteuerten sonstigen Bezügen ausnahmsweise nicht um Arbeitsentgelt handelt, auf die Vergünstigungen bei Mitarbeiterflügen keine Anwendung. Hieran ändert auch Â§ 6 der SachBezV nichts. Die SachBezV ist eine ebenfalls auf

Grund des [Â§ 17 Abs 1 SGB IV](#) erlassene Rechtsverordnung, mittels derer der Wert von Sachbezügen nach dem tatsächlichen Verkehrswert im Voraus für ein Kalenderjahr bestimmt werden kann. Â§ 6 SachBezV trifft keine Regelung darüber, welche Entgeltbestandteile dem Grunde nach zum Arbeitsentgelt gehören oder nicht. Vielmehr bestimmt er den Wert von Sachbezügen, die weder kostenlose oder verbilligte Verpflegung noch Unterkunft noch Wohnung sind.

3. Der Senat nimmt die Entscheidung zum Anlass, auf eine Ungleichbehandlung hinzuweisen, zu der Â§ 2 Abs 1 Satz 1 Nr 1 ArEV für Stundenlöhne kam. Sonstige Bezüge sind nach [Â§ 38a Abs 1 Satz 3 EStG](#) der Arbeitslohn, der nicht als laufender Arbeitslohn gezahlt wird (zur steuerlichen Behandlung vgl Huber in Köttner, Personalbuch 2001, Sonstige Bezüge RdNr 2 ff). Nach [Â§ 40 Abs 1 Satz 1 Nr 1 EStG](#) pauschalversteuerte sonstige Bezüge, die auch sozialversicherungsrechtlich Einmalzahlungen sind, gehören somit stets zum beitragspflichtigen Arbeitsentgelt. Hingegen werden nach [Â§ 40 Abs 1 Satz 1 Nr 1 EStG](#) pauschalversteuerte sonstige Bezüge, die auf Grund ihrer Zahlungsweise (Voraus- oder Nachzahlung von Arbeitsentgelt) sozialversicherungsrechtlich als laufendes Arbeitsentgelt angesehen werden, nicht dem Arbeitsentgelt zugerechnet; sie sind damit beitragsfrei. Die Ungleichbehandlung wird allerdings nur selten auftreten, weil sonstige pauschal besteuerte Bezüge iS des [Â§ 40 Abs 1 Satz 1 Nr 1 EStG](#) ausweislich der Lohnsteuerrichtlinie 115 Abs 2 zu [Â§ 39b EStG](#) in der überwiegenden Zahl der Fälle auch Einmalzahlungen im Sinne der Sozialversicherung sind und dann zum beitragspflichtigen Arbeitsentgelt gehören. Dennoch kann der Senat gewisse Inkongruenzen und damit die Ungleichbehandlung nicht ausschließen. So bliebe möglicherweise eine Lohnnachzahlung, wie sie den Entscheidungen [BSGE 66, 34](#) = [SozR 2200 Â§ 385 Nr 22](#) und [SozR 2200 Â§ 385 Nr 9](#) zu Grunde lag, nach [Â§ 2 Abs 1 Satz 1 Nr 1 ArEV](#) beitragsfrei, wenn und soweit sie steuerlich als sonstiger Bezug behandelt und pauschal versteuert würde, während Einmalzahlungen niemals unter den Anwendungsbereich des [Â§ 2 Abs 1 Satz 1 Nr 1 ArEV](#) fallen.

Wenn hiernach Ungleichbehandlungen in einer nennenswerten Zahl von Fällen verbleiben sollten, vermag der Senat rechtfertigende Gründe bisher nicht zu erkennen. Wegen der weit gehenden Übereinstimmung der sonstigen Bezüge im Sinne des Steuerrechts mit dem einmalig gezahlten Arbeitsentgelt sieht der Senat derzeit keinen Anlass, die Regelungen aus Gründen der Ungleichbehandlung zu beanstanden. Er gibt jedoch zu bedenken, ob [Â§ 2 Abs 1 Satz 1 Nr 1 ArEV](#) nicht im Sinne einer Vereinheitlichung aufgehoben oder geändert werden sollte.

4. Soweit die Klägerin geltend macht, dass die Beitragspflicht der Einmalzahlungen gegen [Art 3 Abs 1 GG](#) verstöße, weil Einmalzahlungen leistungsrechtlich nicht ausreichend berücksichtigt würden, greift dieses nicht durch. Es geht hier um Einmalzahlungen aus dem Jahre 1990. Deren Beitragspflicht war nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts damals trotz ihrer unzureichenden Berücksichtigung im Leistungsrecht noch hinzunehmen (vgl [BVerfGE 92, 53](#) ff = [SozR 3-2200 Â§ 385 Nr 6](#); [BVerfGE 102, 127](#) = [SozR 3-2400 Â§ 23a Nr 1](#)).

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193](#) des Sozialgerichtsgesetzes.

Erstellt am: 22.08.2003

Zuletzt verändert am: 20.12.2024